

Reinhard Kardinal Marx, Präsident der ComECE:

Ansprache zur Eröffnung des ComECE-Dialoges „(Re)thinking Europe“

Vatikan, 27. Oktober 2017

Es gilt das gesprochene Wort!

Vor ziemlich genau sieben Monaten, am 25. März 2017, waren die Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in Rom, um gemeinsam an den 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge zu erinnern. Der Höhepunkt dieses Treffens war am Vorabend die Audienz mit Papst Franziskus hier im Vatikan, in der Sala Regia. Nach der Rede des Papstes, in der er vor allem von der Hoffnung sprach, die die Europäische Union und Europa wieder beseelen kann, wurden die Türen geöffnet für das offizielle Foto, bei dem die Staats- und Regierungschefs mit dem Papst in der Mitte vor dem Fresko des Jüngsten Gerichts von Michelangelo in der Sixtinischen Kapelle standen.

Dieses Bild hat eine für mich überwältigende Symbolik: die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union um den Papst versammelt und über ihnen dieses Bild, das uns in Erinnerung ruft, dass wir für unser Tun und Lassen letztendlich vor Gott Verantwortung ablegen werden. Es ist Aufruf und Mahnung zugleich und es verdeutlicht die Rolle der Kirche im Zueinander von Politik und Kirche, von weltlicher und geistlicher Macht: unser aller Verantwortung vor Gott und den Menschen klar und deutlich anzusprechen, Hoffnung zu machen, auf die möglichen Konsequenzen von politischem Handeln und Nicht-Handeln eindringlich hinzuweisen, und mit den Mitteln, die der Kirche, den Christen zur Verfügung stehen, zu einem friedlichen Zusammenleben aller Menschen beizutragen. Denn dafür werden wir uns verantworten müssen – voreinander, vor den kommenden Generationen und auch vor Gott! Die Präsenz der Kirche in diesem Europa, das Zeugnis für das Evangelium, soll ja Räume der Hoffnung und des Engagements eröffnen.

Bei diesem Treffen im März 2017 wurden die Ideale der Gründerväter der Europäischen Union beschworen, die Schritte des Integrationsprozesses Europas nachgezeichnet und das bisher Erreichte hervorgehoben und betont. Die Vision der Gründerväter zeichnete sich vor allem dadurch aus, dass sie trotz der Gräben, die sie voneinander trennten, bereit waren, sich für ein

gemeinsames Ziel – in Europa den Frieden zu sichern – einzusetzen und daran mit aller Kraft zu arbeiten. Dieser Prozess verlief nicht ohne Probleme. Aber vom Willen beseelt, dieses Ziel auch wirklich zu erreichen, fanden sie Wege, um das gegenseitige Vertrauen so zu stärken, dass die Römischen Verträge unterschrieben werden konnten.

Seit dem 25. März 1957 hat sich Europa grundlegend verändert und Ziele erreicht, von denen man vor 100 Jahren zwar geträumt, aber nie gewagt hätte, ihre Umsetzung für möglich zu halten. Aus einem zerstrittenen und Jahrhunderte lang von Kriegen zerrissenen Kontinent entstand ein politisches Gebilde, die Europäische Union, dem es gelungen ist, im Inneren den Frieden zu erhalten, in dem Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gelten, in dem die Binnengrenzen weitgehend aufgehoben wurden und die Bürger sich frei bewegen und niederlassen können, das einen gemeinsamen Binnenmarkt hat, auf dem die Mehrzahl der Bürger mit einer gemeinsamen Währung bezahlen, und in dem die Menschen, trotz noch immer bestehender sozialer und geographischer Unterschiede, einen bisher nicht gekannten Wohlstand erreicht haben. Auf den ersten Blick ist die Geschichte der Europäischen Union eine Erfolgsgeschichte – und dennoch: Auch diese Erfolgsgeschichte hat ihre dunkle und oft undefinierbare Kehrseite, selbst dann, wenn sie lange aus dem Blick gerät. Welche Befürchtungen, welche unaufgearbeiteten Elemente der Vergangenheit befinden sich in «Europas blackbox», und was müssen wir tun, um zu verhindern, dass diese Elemente virulent werden und das Erreichte der letzten sechzig Jahre in Gefahr bringen oder gar zerstören?

Es sind die sich seit zehn Jahren aneinander reihenden Krisen – von der Finanzkrise des Jahres 2007, der dadurch mit verursachten Krise in Griechenland, der hohen Arbeitslosigkeit in der EU, besonders bei Jugendlichen, und sozialen Spannungen im Euro-Raum und letztlich die Flüchtlingskrise des Herbstes 2015 -, durch die wie unter einer Lupe auch die dunkle Seite der Europäischen Union sichtbar wurde.

- Das Gefühl der ehemals kommunistisch beherrschten Länder Mittel- und Osteuropas, nur EU-Länder «zweiter Klasse» zu sein und nicht wirklich ernst genommen zu werden. Hinzu kommt eine nicht wirklich aufgearbeitete Geschichte der vierzig Jahre kommunistischer Herrschaft, die in vielen Ländern unangerührt blieb, und erst jetzt, mehr als 25 Jahre später, thematisiert wird.
- Das Gefühl, zu kurz gekommen, wirtschaftlich abgehängt und noch immer nicht auf dem Wohlstandsniveau der Länder Westeuropas angekommen zu sein.

- Während die neuen Mitgliedsstaaten Ressentiments wegen des unfair empfundenen Wohlstandsgefälles zwischen Ost und West hegen, befürchten viele Menschen den Verlust des erworbenen Wohlstands und fürchten, dass es den eigenen Kinder schlechter gehen könnte als einem selbst.
- Viele Menschen (nicht nur in der Europäischen Union) haben das Gefühl, seit Beginn der 90-er Jahre einem wild-wachsenden globalen Kapitalismus ausgesetzt zu sein, dessen ausschließliches Ziel Gewinnmaximierung um jeden Preis ist. Die kapitalistische Globalisierung hat die sozialen, politischen und ökologischen Folgen nicht im Blick gehabt.
- Allen gemeinsam ist die Angst vor globalen Umwälzungen und Bedrohungen: vor den Auswirkungen des Klimawandels, den abnehmenden Ressourcen, der Revolutionierung der Arbeitswelt durch Digitalisierung und den Einsatz von Robotern und damit vor dem Verlust von einer großen Zahl von Arbeitsplätzen.

Diese enttäuschten Erwartungen und Hoffnungen, Ängste und Befürchtungen schlagen sich nieder im Gefühl, dass sich das politische System verselbständigt und die Bürger die Kontrolle darüber verloren haben. Dass die Politik im Allgemeinen und insbesondere in der Europäischen Union nicht mehr in der Lage sei, die Erwartungen einer Wohlstandsgesellschaft zu erfüllen. Das Vertrauen in die Politik und in Institutionen nimmt ab. Politiker und Bewegungen, die Veränderungen und den Kampf «gegen die da oben versprechen», gewinnen an Wählern, wie die Wahlen in und außerhalb der Europäischen Union in den vergangenen Monaten zeigen.

Im Artikel 2 des Vertrags der Europäischen Union wird die Demokratie als europäischer Wert definiert. Kern des demokratischen Gedankens ist die Festlegung des politischen Willens durch Mehrheitsentscheidungen, die indessen Minderheiten nicht erdrücken. Weiterhin ungeklärt ist, wie das Demokratieprinzip auch auf europäischer Ebene wirklich umgesetzt werden kann. Wie soll eine wirklich demokratische politische Union gestaltet werden? Wie können die Prinzipien von Subsidiarität und Solidarität auch institutionell abgebildet werden? Nur so werden auch die Menschen in Europa sich für die Europäische Union engagieren.

Denn die Aufgabe der jetzt jungen Generation ist es, Europa dauerhaft und substantiell mehrheitsfähig zu machen, und zwar nicht nur insgesamt aufs Ganze der 500 Millionen EU-Bürger hin gesehen, sondern auch in jedem einzelnen Mitgliedsstaat. Die Aufgabe ist immens und deshalb eine Einladung zur Bescheidenheit. Kühne Träume eines europäischen Superstaats sind nicht angebracht, besser konkrete Verbesserungen, die gerade denen zu Gute kommen, die sich heute von der EU vergessen fühlen. Wir brauchen eine Europäische Union, die ihren

sozialen Charakter erkennen lässt, eben ein Europa mit den Leitlinien Solidarität und Subsidiarität.

Es sind die oft unausgesprochenen Gefühle und Entwicklungen, die das Europäische Projekt bedrohen, die die COMECE bewogen haben, sich anlässlich des 60. Jahrestages der Römischen Verträge damit auseinanderzusetzen. Ich bin froh und dankbar, dass wir das, lieber Kardinal Parolin, gemeinsam mit dem HI. Stuhl und hier in Rom in der Neuen Synodenaula tun können.

Wir wollen in diesen Tagen einen Dialog führen, ein Gespräch zwischen Vertretern der Kirche, der Politik und gesellschaftlichen Organisationen. Ein Gespräch, das es ermöglicht, den Dingen auf den Grund zu gehen, einander zu befragen und zuzuhören, Analysen, Einschätzungen, Visionen und Hoffnungen miteinander zu teilen und gemeinsam zu überlegen, wie wir den vor uns liegenden Herausforderungen - den europäischen wie den globalen – gemeinsam begegnen können.

Politik und Kirche haben ihre je eigene Aufgabe und Rolle, und dennoch müssen wir miteinander ins Gespräch darüber treten, wie wir gemeinsam an jenem «neuen europäischen Humanismus» arbeiten können, den uns Papst Franziskus in seiner Rede vom 24. März ans Herz gelegt hat. Ich bin dankbar, dass Papst Franziskus selbst zum Abschluss unseres Treffens morgen seine Überlegungen zu Europa und zu diesem Projekt der Europäischen Union mit uns teilen wird.

Am «neuen europäischen Humanismus» zu arbeiten, das ist die Aufgabe, der wir uns gemeinsam widmen werden: nicht als Abschluss, sondern als Auftakt eines Prozesses, der nicht uns selbst, sondern der Zukunft Europas und seinen Menschen gilt.

Ich habe meine Überlegungen mit einem Bild begonnen, ich möchte sie mit einem anderen Bild abschließen: In seiner ersten Rede über Europa vor dem Europäischen Parlament im November 2014 hat Papst Franziskus für Europa das Bild einer müden erschöpften Frau verwendet, und sie als «unfruchtbare Großmutter» bezeichnet. Damit hat er den Zustand Europas in vielerlei Hinsicht auf den Punkt gebracht, auch wenn er dafür von mancher Seite kritisiert wurde. Aber: lässt sich dieses Bild der Großmutter nicht ins positive wenden? Könnte diese in die Jahre gekommene Frau, die viel erlebt und durchgemacht hat, trotz der Runzeln ihrer Jahre nicht eine liebenswerte Person sein, die nicht erschöpft das bisher Erreichte bewacht und verteidigt und

das Nicht-Erreichte beklagt, sondern die den ganzen Reichtum ihrer Erfahrungen an die folgenden jungen Generationen weitergibt und sie ermutigt, mit diesen Erfahrungen vertrauensvoll ihren eigenen Weg in die Zukunft zu gehen?